

## GASTBEITRAG

### **"Von einem gerechten Welthandelssystem sind wir noch weit entfernt"**

Durch Handel entsteht Wohlstand - so lautet die These der liberalen Wirtschaftstheorie. Die WTO soll sie in die Praxis umsetzen. Das geht schief - denn arme Staaten bleiben auf der Strecke.

VON MARITA WIGGERTHALE

Politiker jeglicher Couleur werden nicht müde, die Vorteile der Welthandelsorganisation (WTO) zu betonen: Sie sei multilateral, basiere auf rechtsstaatlichen Prinzipien und sie schütze von daher vor allem die ärmeren Länder vor der Macht und Willkür der wirtschaftlich starken Staaten. Wenn alle sich an die Regeln halten, profitieren davon auch alle, auch die Armen und Schwachen, so die Behauptung. Das Gegenteil ist jedoch der Fall.

Gemäß dem Motto "mehr Handel, mehr Wachstum, mehr Wohlfahrt" forciert die WTO die Liberalisierung der Märkte für Importe von ausländischen Gütern und Dienstleistungen. Das bedeutet zunehmend das Aus für den notwendigen Schutz von Beschäftigungsmöglichkeiten insbesondere von Armen und Hungernden, sowie für den Erhalt von politischen Handlungsspielräumen im Süden für eine sozial gerechte und ressourcenschonende wirtschaftliche Entwicklung. Die WTO auf Grund ihrer scheinbar multilateralen Verfasstheit zu unterstützen, ohne ihre neoliberale Ausrichtung kritisch zu hinterfragen, ist kurzfristig und entwicklungspolitisch fatal.

Die Beispiele liegen auf der Hand. Kleinbäuerliche Familien, die allein die Hälfte der Hungernden ausmachen, können bei Öffnung ihrer Agrarmärkte nicht mit ausländischen Billigimporten konkurrieren. Die heimischen Absatzmärkte für ihre produzierten Grundnahrungsmittel werden zerstört. Dies betrifft vor allem Frauen, die 80 Prozent der Lebensmittel in Afrika, 50 Prozent in Asien und 40 Prozent in Lateinamerika herstellen. Armut und Hunger sind die Folge.

#### **Der Druck wächst**

Oder Textilien: Als großer Erfolg für den Süden wird die Liberalisierung des Textilmarktes von Januar an gepriesen. Doch die rund 1,2 Millionen Textilarbeiter, die in Bangladesch unter miserablen Arbeitsbedingungen für Hungerlöhne arbeiten, müssen um ihren Job fürchten. Die niedrigeren Lohnkosten werden wegen der chinesischen Konkurrenz als Wettbewerbsvorteil nicht mehr ausreichen. Zudem wird der Druck auf die Arbeitsbedingungen tendenziell eher zu- als abnehmen.

Als negativ für die Armen erweist sich ebenso das Abkommen über geistige Eigentumsrechte (Trips). Es gewährt dem Patentinhaber eines jeglichen Produktes über einen Zeitraum von 20 Jahren das alleinige Recht zur Herstellung, zum Gebrauch und Verkauf des patentgeschützten Erzeugnisses. Wenn Trips von Januar an umgesetzt werden muss, werden eine Reihe wichtiger Medikamente eventuell nur noch als teure Originalpräparate zu haben sein. Dies wird unweigerlich zu Preissteigerungen führen. Viele Gesundheitsprogramme sind dann durch den Anstieg der Medikamentenpreise gefährdet. Den Nutzen haben jene, die mit enormem Druck dafür gesorgt haben, dass Trips in der WTO verankert wurde - gegen den Widerstand der Entwicklungsländer. Zu nennen sind hier Pharmakonzerne wie Pfizer oder der Computerriese IBM aus den USA und ihre Counterparts in der EU sowie Japan. Gleiches gilt für US-Finanzunternehmen wie American Express oder Citicorp beim Dienstleistungsabkommen.

Die WTO be- und verhindert aber nicht nur Entwicklung, sie schützt auch nicht die kleineren und wirtschaftlich schwächeren Länder vor Macht und Willkür der starken. Es waren die afrikanischen Länder, die bei der Ministerkonferenz 1999 in Seattle die Verhandlungen abbrechen, weil ohne sie in "Exklusivclubs", den "green rooms", Entscheidungen getroffen werden sollten. Auch 2003 in Cancún spielte ihre Meinung keine Rolle. Ihr Nein zur Aufnahme von Verhandlungen über neue Themen wurde ignoriert. Gleiches galt für das Nein Afrikas im Mai 2004 zum radikalen Zollabbau für Industriegüter, um ihre De-Industrialisierung nicht zu verschärfen. Eine weitgehende Marktöffnung bei Industrieprodukten und Dienstleistungen wie etwa der Wasserversorgung ist das erklärte Ziel der deutschen Industrie und der Bundesregierung. Damit würde die WTO einmal mehr ein Instrument der Industrielobby zur Durchsetzung ihrer expansionistischen Markteroberungsinteressen.

## **"Daumenschrauben-Praktiken"**

Dass Entwicklungsanliegen also quasi systematisch ignoriert werden, liegt neben der neoliberalen Ausrichtung und der mächtigen Unternehmenslobby auch an den undemokratischen Entscheidungsverfahren und den verschiedenen bilateralen Verfahren, wo die ökonomischen und/oder politischen Machtungleichgewichte zulasten der kleineren Länder wirken.

Bei den Verhandlungen wird immer wieder von "Daumenschraubenpraktiken" - Androhung des Entzugs von bevorzugtem Marktzugang, Krediten, bilateraler Entwicklungshilfe - insbesondere der EU und der USA berichtet, mit denen sie ihre Interessen durchsetzen. Von einem wahrhaftig multilateralen, gerechten Welthandelssystem mit starken Regeln für die Armen und Schwachen sind wir damit noch weit entfernt.

Copyright © Frankfurter Rundschau online 2004  
Dokument erstellt am 29.12.2004 um 17:16:26 Uhr  
Erscheinungsdatum 30.12.2004